

DA1 Menschenrechte in den Mittelpunkt stellen

Antragsteller*in: Daniela Kloss

Tagesordnungspunkt: 5 Anträge

Antragstext

1 Die Kreismitgliederversammlung von Bündnis 90/Die Grünen Bielefeld möge
2 beschließen:

3 Wenn Menschen in eine so prekäre Situation geraten, dass sie Gründe sehen, ihre
4 Herkunftsländer zu verlassen, werden sie sich auch weiterhin auf den Weg in die
5 EU machen. Weder der Asylkompromiss von 1992 noch die bestehende Gewalt an den
6 Außengrenzen haben Menschen davon abgehalten, vor Krieg und Gewalt zu fliehen.

7 Eine brutale Abschottungspolitik an den EU-Außengrenzen wird an dieser Tatsache
8 nichts ändern, sondern nur die Glaubwürdigkeit der EU in Bezug auf
9 Menschenrechte weiter
10 schwächen.

11 Wir betrachten es als historischen Fehler, einer drastischen Verschärfung des
12 Asylrechts
13 zuzustimmen, die Gewalt gegen Schutzsuchende an den Außengrenzen legitimiert.

14 Insbesondere die Einführung der sogenannten Krisenverordnung, die es ermöglicht
15 ein bereits restriktives Asylrecht noch weiter einzuschränken, halten wir für
16 falsch und mit den humanitären Werten unserer Partei für unvereinbar. Die von
17 der Bundesregierung und Innenministerin Nancy Faeser geplanten Beschleunigung
18 der Abschiebungen lehnen wir ab, da die Inhaftierung von Asylsuchenden ohne
19 Straftat für 28 Tage oder sogar während laufender Asylverfahren nicht nur
20 absolut inhuman und vollkommen inakzeptabel ist, sondern gegen die Grundrechte
21 von Geflüchteten verstößt.

22 Abschiebungsverfahren bedeuten nicht nur massive psychische Belastungen für
23 Geflüchtete und Beamt*innen, sondern auch massive personelle und finanzielle
24 Ressourcen. Mit diesen Ressourcen sollten stattdessen Kommunen unterstützt
25 werden, die mit der konkreten Aufgabe der Versorgung und Unterbringung der
26 Menschen befasst sind.

27 Migrationspolitik wird zunehmend emotional gehalten, meist zu Lasten
28 Geflüchteter, die zu selten zu Wort kommen. Stattdessen fordern wir eine
29 faktenbasierte, sachorientierte Debatte über Flucht und Asyl, in der Probleme
30 benannt werden können, ohne in einer populistischen Art und Weise Ängste zu
31 schüren und generell gesellschaftliche Probleme Geflüchteten anzulasten.

32 Die Ampel hat im Koalitionsvertrag vereinbart, illegale Zurückweisungen an den
33 Außengrenzen zu beenden und den Zugang zu einer inhaltlichen Prüfung jedes
34 Asylgesuchs zu garantieren. Wir erwarten von den Politiker*innen unserer Partei
35 auf allen Ebenen Engagement und Kampf für eine humane und konstruktive Asyl- und
36 Fluchtspolitik. Menschenrechte müssen immer der Maßstab der Politik in
37 Deutschland und der Europäischen Union sein und dürfen nicht zur Diskussion
38 stehen.

39 Wer also wirklich etwas im Bereich Migrationspolitik erreichen will, muss die
40 Kommunen auch finanziell unterstützen. Anstatt Ressourcen in hochkomplexe,

41 langwierige und (für Asylsuchende und für Beamt*innen) psychisch belastende
42 Abschiebeverfahren zu investieren, sollten die Ressourcen in die bestmögliche
43 Integration von Asylsuchenden, auch in den Arbeitsmarkt, fließen.

44 Im November 2019 hat der Rat der Stadt Bielefeld beschlossen, Bielefeld zu einem
45 „Sicheren Hafen“ zu machen. Rund 320 Städte und Gemeinden in Deutschland haben
46 sich bereits zum Sicheren Hafen erklärt. Wir bekräftigen diesen Beschluss und
47 erwarten von unseren
48 Politiker*innen auf Bundes- und Europaebene Engagement und Kampf für eine humane
49 und
50 konstruktive Asyl- und Fluchtpolitik.

51 Dieses solidarische Bekenntnis mit geflüchteten Menschen ist auch verbunden mit
52 einer erhöhten Aufnahmebereitschaft.

53 Wir bleiben deshalb unseren humanitären Grundsätzen treu und werden nicht von
54 ihnen
55 abweichen.

56 Asyl ist ein indiskutables Menschenrecht und dieses gilt es zu schützen.
57 Bielefeld ist und bleibt weltoffen sowie ein "sicherer Hafen". Kein Mensch ist
58 illegal!

59 Der Beschluss geht zur Kenntnisnahme an den Bundesvorstand von B'90 / Die Grünen
60 sowie die Fraktionen in Bundestag und Europaparlament

Begründung

Die Dringlichkeit dieses Antrags ergibt sich aus den verschiedenen Eckpunkten, die in den letzten Wochen, aber auch Tagen auf Bundes- und Europaebene getroffen wurden, aus den aktuellen zum Teil medial geführten Debatten und der anstehenden Europawahl.

Am 4.10.23 wurde die europäische Einigung über die umstrittene Krisenverordnung erreicht. Das Migrationspaket der Bundesregierung wurde erst am 11.10.23 in den Medien vorgestellt.

In diesem Kontext hat das Sprecher*innen-Team der BAG Migration und Flucht am 4.10.23 ein Positionspapier zur aktuellen Linie der Bundesgrünen in der Migrationspolitik veröffentlicht.

Derzeit läuft auch im Hinblick auf die bald stattfindende Bundesdelegiertenkonferenz eine Debatte über die Migrationspolitik in unserer Partei.

Wenn wir an dieser Debatte teilnehmen wollen und uns für eine menschenrechtsbasierte Migrationspolitik Partei ergreifen wollen, müssen wir uns in die Debatte einmischen, bevor die Debatte wieder beendet ist oder ausschließlich in der öffentlichen Berichterstattung als Konflikt der Grünen behandelt wird, ohne den inhaltlichen Argumenten Raum zu geben.

Aus diesem Zuge ist es wichtig, diesen Antrag auf dieser Mitgliederversammlung als dringlich zu behandeln!

Denn wir betrachten diesen Antrag als Rückenwind und Unterstützung für die Auseinandersetzungen und den Einsatz unserer Politiker*innen in den nächsten Wochen in Berlin und Brüssel für eine humane Fluchtpolitik.

Unterstützer*innen

Simone Lux; Cim Kartal; Sarah Laukötter; André Flöttmann; Jens Petring ; Zoe Viola Bergmann; Klaus Feurich-Tobien; Klaus Rees; Tim Niklas Beyer; Lars Bauerdick; Julian Schüring; Romy Mamerow; Janko Spieker; Sina Radert; Jan Seeger; Hannes Menge